Ressort: Politik

Bundesregierung fürchtet mehr Flüchtlinge durch neue EU-Regeln

Berlin, 13.01.2018, 08:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung fürchtet, dass Deutschland durch neue Asylbestimmungen in Europa deutlich mehr Flüchtlinge aufgebürdet werden könnten. Hintergrund sind Änderungen, die das Europäische Parlament an Gesetzesinitiativen der Kommission zur Reform der Dublin-Regeln vornehmen will.

Danach soll nicht mehr automatisch das Land, in dem ein Flüchtling die EU erreicht, für dessen Asylverfahren zuständig sein, sondern unter Umständen das Land, in dem Angehörige des Bewerbers bereits leben. Dadurch "müsste Deutschland erheblich mehr Asylsuchende aufnehmen", heißt es in einem Vermerk des Bundesinnenministeriums, den der "Spiegel" zitiert. Obergrenzen würden "zunichtegemacht". Besondere Sorge bereitet den Innenexperten, dass nach den Parlamentsvorschlägen "faktisch die bloße Behauptung einer Familienverbindung ausreichen" soll: "Im Ergebnis würde ein Mitgliedstaat, in dem sich bereits zahlreiche Familienverbände befinden, für weitreichende Familienverbände zuständig." Die gewünschten Regelungen konterkarieren die Bemühungen der Union, im Rahmen der Koalitionssondierung einen Kompromiss mit der SPD zu finden, um den Familiennachzug zu begrenzen. "Wenn jeder der über 1,4 Millionen Menschen, die seit 2015 in Deutschland Asyl beantragt haben, zur Ankerperson für neu in der EU ankommende Schutzsuchende wird", so Ole Schröder, Parlamentarischer Innenstaatssekretär, "reden wir über ganz andere Größenordnungen als bei der Familienzusammenführung." Pikanterweise haben auch EU-Politiker von Union und SPD den Vorschlägen zugestimmt. Die Bedeutung für Deutschland könne "nicht hoch genug" eingeschätzt werden, mahnen zwei Unionspolitiker per Brief in Richtung Brüssel: "Die Verhandlungen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem dürfen auf keinen Fall dazu führen, dass die ohnehin schon asymmetrische Lastenteilung weiter verschärft wird." Deutschland setzt nun darauf, dass der Rat die Vorschläge des Parlaments verhindert.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-100552/bundesregierung-fuerchtet-mehr-fluechtlinge-durch-neue-eu-regeln.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com